

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 28

~~Suggestion for protocol :~~

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member ~~Alternate~~

~~Artikel 28: Durchführungsrechtsakte~~

Artikel 28: Übertragung von Durchführungsrechtsbefugnissen

~~(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen alle innerstaatlichen rechtlichen Maßnahmen, die zur Durchführung der rechtlich bindenden Rechtsakte der Union erforderlich sind.~~

(2) Bedarf es einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der ~~rechtlich bindenden~~ Rechtsakte der Union, so können in diesen Rechtsakten der Kommission *[oder - in bestimmten Fällen und in den in Artikel [GASP] genannten Fällen - dem Rat]* Durchführungsbefugnisse übertragen werden.

(3) Für die Durchführungsrechtsakte der Union können *in dem Übertragungsrechtsakt* Kontrollmodalitäten festgelegt werden; diese müssen den Grundsätzen und Regeln entsprechen, die zuvor vom Europäischen Parlament und vom Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren *als Organakt* angenommen wurden.

Die Befugnis zur Durchführung von im Mitentscheidungsverfahren erlassenen Rechtsakten kann jederzeit sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Rat widerrufen werden; für diese Zwecke beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder und der Rat mit qualifizierter Mehrheit. Bereits erlassene Durchführungsrechtsakte sind daraufhin durch die Kommission unverzüglich aufzuheben.

(4) Die Durchführungsrechtsakte der Union erhalten die Form von europäischen Durchführungsverordnungen oder europäischen Durchführungsentscheidungen. *Bevor die Kommission eine Durchführungsverordnung oder eine Durchführungsentscheidung, die an keinen bestimmten Adressaten oder an alle Mitgliedstaaten gerichtet ist, erlässt, informiert sie darüber rechtzeitig das Europäische Parlament und den Rat.*

Explanation (if any) :

Titel:

Ich schlage vor, den Titel dieses Artikels zu ändern. Dieser Artikel beschreibt nicht die Durchführungsrechtsakte, sondern die Grundsätze der Übertragung von Durchführungsbefugnissen auf die Kommission.

Absatz 1:

Eine Bestimmung über die Durchführung von Rechtsakten durch die Mitgliedstaaten ist in Art. 28 systematisch falsch verortet. Entgegen den Erläuterungen wird auch nicht der Grundsatz formuliert, wonach die Zuständigkeit für die Durchführung der Rechtsakte bei den Mitgliedstaaten liege. Vielmehr wird die Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit konkretisiert, wie sie bereits in Artikel 9 Absatz 4 geregelt ist.

Ein Vergleich des Art. 9 Abs. 4 mit dem Art. 28 Abs. 1 zeigt zudem, dass zumindest in der deutschen Fassung letzterer als zweifache Einschränkung der Pflichten der Mitgliedstaaten verstanden werden könnte. Dem Wortlaut nach werden die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Rechtsakten nicht mehr zum Ergreifen aller Maßnahmen allgemeiner und besonderer Art (Art. 9 Abs. 4), sondern nur zum Ergreifen aller innerstaatlicher rechtlicher Maßnahmen (Art. 28 Abs. 1) verpflichtet.

Die effektive Durchführung der Rechtsakte der Union kann es aber auch erfordern, dass die Mitgliedstaaten nicht nur rechtliche, sondern auch tatsächliche Maßnahmen ergreifen (z. B. Maßnahmen der Zwangsvollstreckung). Zudem kann die effektive Durchführung von Rechtsakten im Bereich der GASP es gegebenenfalls erfordern, auch völkerrechtliche Maßnahmen zu ergreifen (Retorsionen, Repressalien etc.).

Es fragt sich deshalb, ob nicht Art. 28 Abs. 1 gänzlich gestrichen werden sollte, weil Art. 9 Abs. 4 auch auf die Pflicht zur effektiven Durchführung der Rechtsakte enthält und weil Art. 28 Abs. 1 die Gefahr einer nicht gewollten Einschränkung dieser Pflicht in sich birgt.

Absatz 2:

Der Begriff "rechtlich bindender Rechtsakt" ist tautologisch, da Rechtsakte ("acts") gemäß Art. 24 stets rechtlich bindende Rechtsinstrumente sind. Stellungnahmen und Empfehlungen sind danach zwar Rechtsinstrumente ("legal instruments"), aber eben keine Rechtsakte.

In allen Fällen, in denen Gesetzgebungsakte im Mitentscheidungsverfahren erlassen werden, sollten Durchführungsbefugnisse nur auf die Kommission und nicht auch auf den Rat übertragen werden. Nur sofern vorgesehen wird, dass der Rat den Gesetzgebungsakt erlässt, kann er als Durchführungsorgan in Betracht kommen. Dann aber bedarf es keiner Übertragung dieser Befugnis "vom Rat auf den Rat", sondern einer entsprechenden Zuweisung der Durchführungsbefugnis unmittelbar durch die Verfassung.

Absatz 3 Unterabsatz 1:

Die Fassung des Präsidiums lässt offen, wer in welchem Verfahren und in welcher Form die Kontrollmodalitäten festlegt.

Die Grundsätze und Regeln stellen einen Rechtsakt dar, der hierarchisch über den Übertragungsrechtsakten (z. B. Gesetze und Rahmengesetze) steht. Als Instrument sollte in Art. 24 hierfür der "Organakt" eingeführt werden.

Absatz 3 Unterabsatz 2 (neu):

Das sog. Rückholrecht der beiden gesetzgebenden Organe ist Ausdruck ihrer politischen Verantwortlichkeit für die von Ihnen erlassenen Rechtsakte. Diese Verantwortlichkeit darf nicht zur Disposition gestellt werden, indem es den beiden gesetzgebenden Organen freigestellt wird, ein solches

Rückholrecht eventuell in den "Grundsätzen und Regeln" vorzusehen. Die politische Verantwortlichkeit der gesetzgebenden Organe muss vielmehr für alle sichtbar in der Verfassung verankert werden.

Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte dem Widerruf keine unmittelbare Außenwirkung zukommen. Er sollte lediglich die Pflicht der Kommission begründen, etwaige Durchführungsakte nach den einschlägigen Bestimmungen (insbesondere Art. 33) unverzüglich aufzuheben.

Absatz 4:

Satz 2 übernimmt den Inhalt des Punktes 13 der Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission vom 5.7.2000 (Dok. C5-0349/2000) und dient der Sicherung des Widerrufsrechts der Gesetzgebungsorgane.